

Nur zum persönlichen Gebrauch

Wie kommen wir in Israel / Palästina zu gerechten Verhältnissen?

10. Juni 13.30 – 14.15 Uhr Prof. Ulrich Duchrow:

U. Duchrow, ev. Theologe und Sozialethiker, war Referent bei der interdisziplinären Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FEST), arbeitete beim Luth. Weltbund und beim Ökumenischen Rat der Kirchen. Er ist Mitbegründer von Kairos Europa und hat die Wittenberger Erklärung 2017 mit dem Titel „Gerechtigkeit allein! Die Reformation radikalisisieren“ mitverfasst.

Moderation: Dieter Becker

Wie kommen wir in Israel / Palästina (I-P) zu gerechten Verhältnissen? –

Das ist die Jahrhundertfrage für diese Region und niemand kann sie sicher beantworten. Wir können aber wohl wissen, was unsere Rolle bei der Herstellung und Aufrechterhaltung der ungerechten Verhältnisse in I-P war und ist und was wir deshalb tun können, um zu gerechten Verhältnissen zu kommen.

1. Die historische Rolle Deutschlands bei der Herstellung und Aufrechterhaltung der ungerechten Verhältnisse in Israel-Palästina

Die historische Erinnerung in Deutschland ist konzentriert auf das furchtbare Menschheitsverbrechen des Holocaust durch Nazideutschland. Das ist auch zunächst völlig verständlich speziell für die Kirchen, denn der jahrhundertealte christliche Antijudaismus hat auf schlimme Weise zu dem neuzeitlichen Antisemitismus beigetragen. Allerdings hat diese Konzentration der Erinnerung auf den Holocaust dazu geführt, dass der Gesamtzusammenhang der historischen Vorgänge aus dem Blick geraten ist. Und der heißt: Deutschland, Holocaust und NAKBA, also die Katastrophe der Vertreibung der PalästinenserInnen bis heute, gehören zusammen. Nur wenn man die drei zusammennimmt, wird man der historischen Wahrheit gerecht und hat eine realistische Perspektive auf die Zukunft.

1. Die Verantwortung Deutschlands für den Holocaust und die Mitverantwortung Deutschlands für die Vertreibung der PalästinenserInnen

Diese Verantwortung hat zwei Aspekte, **die historische Wahrheit über die Staatengründung** und **die spätere und gegenwärtige Rolle** Deutschlands bei der Unterdrückung des Palästinensischen Volkes

1.1 Die historische Wahrheit

Es ist zunächst wichtig, daran zu erinnern: Zusätzlich zu der Ermordung von 6 Mill. Juden, genannt **Holocaust oder Shoah**, kamen viele andere Menschen um, die vom

nationalsozialistischen deutschen Staat ermordet wurden, u.a. Kommunisten, Sozialisten, Pfarrer, Systemkritiker, Sinti und Roma , Homosexuelle, Zeugen Jehovas, geistig Behinderte und angeblich „Asoziale“ . Die genaue Anzahl der Toten ist unklar, da die Mörder längst nicht über alle Opfer Akten führten. Insgesamt fielen aber z. B. geschätzte 220.000 bis 500.000 Sinti und Roma dem Rassenwahn der Nationalsozialisten und dem an ihnen systematisch geplanten Völkermord zum Opfer. Daraus folgt die **erste Einsicht**: Der Völkermord der Nazis lehrt uns, dass das „Niemals wieder“ auf alle Menschen und Gruppen von Menschen zu beziehen ist. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass keine Menschengruppe mehr entrechtet, diskriminiert oder gar getötet wird.

Die **zweite Einsicht** lautet: Ohne den Holocaust hätte das zionistische Ziel einer jüdischen Staatengründung in Palästina nicht so ablaufen können, wie es tatsächlich geschah. Die UNO war bald nach ihrer Gründung 1948 bereit, Palästina zu teilen, um den Zionisten einen Staat zu geben, in den auch verfolgte Juden aus anderen Ländern einwandern konnten. Das heißt, **ohne Holocaust hätte es in dieser Form die Staatengründung und damit die Vertreibung der PalästinenserInnen (NAKBA) so nicht gegeben**. Das heißt auch, Deutschland ist für die Vertreibung der Palästinenser indirekt mitverantwortlich.

Nun wird eingewandt, dass ja die **Palästinenser selber schuld** sind, weil sie den Teilungsplan der UNO nicht anerkannt, sondern ihn abgelehnt und einen Krieg begonnen haben, in deren Verlauf sie fliehen mussten. **Erstens** ist darauf zu antworten, dass der **Teilungsplan extrem ungerecht** und nicht mit der palästinensischen Bevölkerung abgesprochen war. Die jüdische Minderheitsbevölkerung sollte 56,47% des Landes, die palästinensische Mehrheit dagegen weniger als 44% erhalten. **Außerdem** begannen die zionistischen Untergrundarmeen von 50 000 gut trainierten Soldaten **sofort nach dem UNO-Beschluss** am 29. November 1947 mit den **systematischen ethnischen Säuberungen, Massakern und Dorfzerstörungen**. Bis zur Gründung des Staats Israel am 14. Mai 1948 vertrieben sie bereits 250 000. Seit März 1948 gab es dafür den **Plan Dalet**. Das heißt, die Zionisten begannen die Gewalt direkt nach dem Teilungsbeschluss, nicht die Palästinenser.

Es ist leider so, dass in Deutschland wenige diese historische Wahrheit kennen, weil hier die **israelischen Neuen Historiker** nicht gelesen werden, die auf der Basis der vor 40 Jahren geöffneten Militärarchive die Nakba genau beschrieben haben. Ich empfehle dringend die Lektüre des Buches von **Ilan Pappé**, „Die ethnische Säuberung Palästinas“.¹ Im Ergebnis ist klar: dass die internationale Gemeinschaft hier wegschaute, hängt zu einem großen Teil mit dem vom Holocaust erzeugten Druck zusammen. Und damit noch einmal: Deutschland ist mitverantwortlich dafür, wie die Staatengründung Israels mit der Vertreibung von insgesamt 750 000 PalästinenserInnen verbunden war.

¹ PAPPE, Ilan: *Die ethnische Säuberung Palästinas*. Berlin: Haffmans & Tolkemitt, 2014.

1.2. Die spätere Rolle Deutschlands: Wiedergutmachung und Aufrüstung Israels, Finanzierung und politische Unterstützung der Besatzung durch Deutschland

Nach der Staatsgründung begann dann Deutschlands Wiedergutmachung für das Verbrechen der Ermordung der Juden. Es gibt für diese Frage eine neue Studie von Daniel MARWECKI: *Germany and Israel – Whitewashing and Statebuilding*.² Er zeigt, wie die gesamte Verständigung zwischen Adenauer und Israel darauf beruhte, dass sich Deutschland mit dieser Wiedergutmachung gegenüber den Juden auf dem Weg der bedingungslosen Unterstützung des Staats Israel von der Schuld reinwaschen und so wieder Teil der westlich-imperialen Gemeinschaft werden wollte. „Deutschland gab Israel die Macht, Absolution zu erteilen, und der israelische Staat nutzte diese Macht, um materielle Unterstützung für seine eigene Konsolidierung zu erhalten. (Germany accorded to Israel the power of absolution, and the Israeli state used that power to acquire material support for its own consolidation“, ebd. 224). Bei der deutschen Wiedergutmachung wird also der Staat **Israel mit „den Juden“ identifiziert**. Er erhält die Wiedergutmachung für *die Juden*. Dadurch bekommt der **Staat einen sakrosankten Charakter**. Völlig ausgeblendet bleibt gleichzeitig der Umgang dieses Staates mit den PalästinenserInnen. Besonders wichtig für die faktische deutsche Mitverantwortung für die Situation der PalästinenserInnen ist aber die Tatsache, dass Deutschland – damals vor der Öffentlichkeit geheimgehalten – die Wiedergutmachung vor allem dadurch leistete, dass es **den Aufbau des israelischen Militärs finanzierte und ab 2. Hälfte der 1950er Jahre mit modernsten Waffen belieferte**, bevor die USA diese Rolle 1967 übernahmen. Das heißt, „Die militärische Stärke, die Israel im entscheidenden Sechs-Tage-Krieg an den Tag legte, hätte ohne die vorherige Unterstützung der BRD nicht in diesem Umfang entwickelt werden können. (The military force displayed by Israel in the decisive Six-Day-War could not have been developed to this level without the FRG’s prior support“, ebd. 21). Besonders deutsche Panzer haben nach Aussagen israelischer Militärs zum schnellen Sieg der Israelis in diesem völkerrechtswidrigen Krieg beigetragen. Also auch die Besetzung Palästinas seit 1967 kam mit deutscher Hilfe zustande. Und heute ko-finanziert Deutschland die Besatzung auf verschiedene Weise. Marwecki sagt dazu: „Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Wirtschaftshilfe den Prozess (erg. der Besatzung) bisher nur gestützt und nicht zum Frieden geführt hat. Infolgedessen bedeutet die Konzentration auf humanitäre Hilfe und den Unterhalt der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) de facto eine Subventionierung der israelischen Besatzung.“ („It is fair to say...that economic aid has so far only propped up the process and not led to peace. As a result, the focus on humanitarian relief and upkeep of the PA [Palästinensische Autonomiebehörde] effectively means subsidising the Israeli occupation“, ebd. 211).

Summa summarum: Deutschland, wir Deutsche und auch die deutschen Kirchen haben allen Grund, sich nicht nur des Holocaust, sondern auch der NABA zu

² London: Hurst & Co, 2020.

erinnern. Wir tragen für beide historisch und gegenwärtig Verantwortung, bzw. Mitverantwortung. Umso schlimmer, dass der Kirchentag das Zeigen der Nakba-Ausstellung verboten hat.

3. Staatliche Mechanismen, die helfen, dieses Thema in der deutschen Gesellschaft und Kirche zu unterdrücken

Niemand wird bestreiten, dass nach der fürchterlichen Leidensgeschichte jüdischer Menschen über Jahrhunderte mit dem Höhepunkt der Shoah Antisemitismus mit aller Kraft zu bekämpfen ist. Dennoch ist der Aufbau einer großen **Antisemitismusbürokratie** seit 2018 etwas spezifisch Deutsches.³ Zum Vergleich: Ganz **Frankreich** hat einen einzigen Beauftragten und bezeichnenderweise unter der inklusiven Amtsbezeichnung „*interministerieller Beauftragter für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie*“. In Deutschland hingegen gibt es nicht nur den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, z. Zt. Felix Klein, sondern Antisemitismusbeauftragte in allen Bundesländern (außer Bremen), bei den Staatsanwaltschaften, der Polizei, der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Berliner Landeskirche sowie der AfD.

Viele Beispiele belegen, dass diese Beauftragten nicht nur wirklichen Antisemitismus bekämpfen, sondern ihre Stellung zur Abwehr von Kritik am Staat Israel und zur Unterdrückung der palästinensischen Stimmen missbrauchen. Hier ein paar **Beispiele von Felix Klein und Michael Blume**, dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg. Mehr als **60 Wissenschaftler und Kulturschaffende** aus Deutschland und Israel kritisierten 2020 *Felix Klein* in einem offenen Brief an Angela Merkel unter dem Titel „Antisemitismusbeauftragter Klein fördert Schmähkritik“.⁴ **Hintergrund war die Förderung der Publikation »Der neudeutsche Antisemit«** von *Arye Sharuz Shalicar*, laut Angaben des Verlags seit 2017 Direktor für Auswärtige Angelegenheiten im Ministerium für Nachrichtendienste im Büro des israelischen Ministerpräsidenten, und dessen **anschließende Propaganda-Vortragsreise** durch deutsche Städte. Kleins berühmtester Fall sind aber seine Angriffe auf **Achille Mbembe**, den afrikanischen postkolonialistischen Philosophen. Er sollte zu dem großen Festival Ruhrtriennale eingeladen werden. Weil er aber den Holocaust mit den Völkermorden des Kolonialismus verglich und auch Boykottmaßnahmen gegen Israel unterstützte, forderte Klein, ihn wegen Antisemitismus auszuladen. Eine der Reaktionen war der **Aufruf Jüdischer Wissenschaftler und Künstlerinnen**, die am 30.4.2020 in einem Brief an Innenminister Seehofer den Rücktritt des Antisemitismus-Beauftragten forderten.⁵ Ich selbst habe auch **persönliche Erfahrungen** mit Herrn Klein gemacht. Antideutsche (dazu gleich mehr) griffen ein

³ Hierzu und zum Folgenden vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Antisemitismus-Beauftragter>.

⁴ https://www.rf-news.de/2020/kw32/29072020_-offener-brief-an-merkel_-antisemitismusbeauftragter-klein.pdf.

⁵ <https://www.kathradafoundation.org/2020/06/08/letter-call-to-replace-felix-klein-as-the-federal-government-commissioner-for-the-fight-against-antisemitism/>. Vgl. <https://www.freitag.de/autoren/daniel-bax/der-fall-mbeme-wird-zum-fall-klein>.

von mir mit herausgegebenes Buch und einen Aufsatz von mir darin als antisemitisch an. Titel: *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel - Jenseits von Luthers Feindbildern*. Das Buch enthielt auch drei Aufsätze von jüdischen Autoren. Felix Klein rief beim Lit-Verlag an und verlangte, die Auslieferung des Buches zu stoppen, was dieser rechtswidrig tat.⁶ Am Büchertisch kann man die 3. Auflage im Verlag Hirschler kaufen. Im Vorwort erzähle ich die ganze Geschichte.

Weitere Beispiele für die Unterdrückung kritischer Stimmen bietet der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, **Michael Blume**. Im November 2022 sollte der aus Israel stammende Ökonom **Dr. Shir Hever** bei der **GEW** Rhein-Neckar einen Vortrag zu „Kinderarbeit in Israel“ halten. Aufgrund eines warnenden Briefes von Blume, der Referent stehe dem (angeblich) antisemitischen BDS nahe, sagte die GEW die Veranstaltung ab und weigerte sich, dafür eine Begründung zu geben oder mit dem Referenten zu sprechen – wohlgermerkt mit einem jüdischen Wissenschaftler.⁷ Mutiger verhielt sich die **Volkshochschule (VHS) in Offenburg**, die auch eine Veranstaltung absagen sollte, dies aber nicht tat. In der Friedenswoche 2022 lud sie das Pax Christi Mitglied **Peter-Michael Kuhn** zu einem Vortrag ein zum Thema: **"Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen?" – Christen in Palästina**.⁸ Hier schrieb Herr **Blume** in einem warnenden Brief vom 2.11. 22 an die VHS,

„dass im Rahmen der Veranstaltung BDS ... bzw. BDS-nahe Positionen verbreitet werden können. So wird beispielsweise im Ankündigungstext für die Veranstaltung auf einen Aufruf palästinensischer Christen („Cry for Hope“) aufmerksam gemacht, in welchem Israel als ‚Apartheidstaat‘ bezeichnet und zur aktiven Unterstützung von BDS aufgerufen wird“.⁹

Das heißt, Herr Blume will verhindern, dass ein Christ die Bitte um Solidarität von MitchristInnen an deutsche MitbürgerInnen weitergibt – und dies mit der Begründung 1. dass er sagen könnte, was alle Menschenrechtsorganisationen und die UNO sagen, nämlich dass Israel ein **Apartheidstaat** ist, und 2. dass **BDS** zur Sprache kommen könnte, von dem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und das deutsche Oberverwaltungsgericht festgestellt haben, dass es nicht antisemitisch und durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt sei.¹⁰ Das heißt, ein Staatsbeamter maßt sich an, eine öffentliche Bildungseinrichtung zu nötigen, grundgesetzwidrige Handlungen zu vollziehen – und all dies, um angeblich vor Antisemitismus zu schützen – übrigens immer unter Berufung auf die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (**IHRA**, dazu unten mehr).

⁶ Die Einzelheiten sind nachzulesen in den Vorworten zur 2. und 3. Auflage dieses Buches in einem anderen Verlag; DUCHROW, Ulrich/ULRICH, Hans G.: *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel - Jenseits von Luthers Feindbildern*, 3. aktualisierte Auflage. Otterstadt/Speyer: Stiftung Hirschler, 2020.

⁷ Junge Welt v. 8.11.22, S. 15.

⁸ Vgl. die Einladung <https://www.vhs-offenburg.de/programm/allgemeinbildung/kurs/Friedenswoche-Christen-in-Palaestina/222102318>.

⁹ https://shirhever.com/wp-content/uploads/2022/11/2022.11.02-Blume-Michael-3434_001.pdf.

¹⁰ Eine der besten Artikel zur Verteidigung von BDS stammt von der jüdischen Philosophin Judith Butler: Antisemitismus und Rassismus. In: HEILBRONN, Chr. u.a. (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus?*. 2. Aufl. 2019, S. 73-91.

Dies sind nur einzelne Beispiele, sie ließen sich vervielfachen. Sie zeigen eindeutig, wie **Antisemitismusbeauftragte offensichtlich ihr Amt missbrauchen**, um grundgesetzwidrig zu verhindern, dass Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen des israelischen Staates öffentlich zur Sprache gebracht und politisch wirksam bekämpft werden können. Die jüdische Philosophin **Susan Neimann** sagt treffend:¹¹

„Keiner der Antisemitismus-Beauftragten ist Jude, bis auf einen, der kürzlich konvertiert ist. Das heißt, da ist sehr wenig Kenntnis vorhanden. An wen wenden sich die Antisemitismus-Beauftragten also, wenn sie etwas wissen wollen? An die Botschaft Israels und den Zentralrat der Juden in Deutschland, eine der konservativsten jüdischen Organisationen der Welt.“

Nicht weniger deutlich stellt der frühere Präsident des israelischen Parlaments, der Knesset, Avraham Burg, fest:¹²

„Es gibt den Zentralrat und ich halte ihn für einen verlängerten Arm der israelischen Regierung. Ich weiß nicht einmal, wie viele Juden und Jüdinnen er repräsentiert. Es gibt viele jüdische Menschen in Berlin, Hamburg, München und allerorten, die diese Linie nicht akzeptieren.“

Die Ev. Kirche in Deutschland (EKD) handelt ähnlich wie der Staat. Sie ist dem deutschen Parlament gefolgt und hat ihrerseits BDS verworfen.¹³ Ebenfalls hat sie einen Antisemitismusbeauftragten angestellt, **Christian Staffa**. Seine Auseinandersetzung mit dem Kairos-Palästina-Dokument und mit unserem schon genannten Buch „Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel...“ in einer Veranstaltung, die er am 10.3.21 mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft abhielt, ist leider nicht mehr auf Youtube verfügbar. Seine Aussagen enthalten vielfache Falschdarstellungen und Unterstellungen, um kritische Positionen und Personen als antisemitisch zu diffamieren. Das Klima der Einschüchterung, das so in Politik, Gesellschaft und Kirche erzeugt wird, findet seinen Niederschlag auch in vielen **Medien**, die solche offiziellen Stimmen oft einfach spiegeln, statt sie kritisch zu hinterfragen.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Unterdrückung von Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen des Staates Israel an den PalästinenserInnen spielen die sog. **Antideutschen**.¹⁴ Sie kommen ursprünglich aus der antifaschistischen Linken, **identifizieren die Juden mit dem Staat Israel**, der das Gute an sich als Gegensatz zum Faschismus darstellt. Deshalb ist für sie jede auch nur leiseste Kritik an diesem Staat Antisemitismus. Aber **auch jede Kritik am Kapitalismus** und US-Imperialismus ist antisemitisch, weil angeblich dahinter die Vorstellung steht, dass der „gierige Jude“ oder die „jüdische Weltverschwörung“ gemeint ist. Die Absurdität besteht darin, dass sie sich links nennen, obwohl sie **radikale rechte Positionen** vertreten, so

¹¹ FR v. 10.3. 23.

¹² FR v. 15.3.23.: <https://www.fr.de/politik/interview-mit-avraham-burg-habt-ihr-angst-vor-eurem-eigenen-schatten-92145493.html>.

¹³ Zur Kritik vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2020/03/Erwiderung-auf-EKD-zu-BDS-von-KAIROS-23.3.2020.pdf>.

¹⁴ Aus der Literatur hier nur eine große Studie und eine kurze Zusammenfassung: KURZ, Robert: *Die Antideutsche Ideologie. Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten*. Münster: UNRAST, 2003; https://www.haaretz.com/world-news/.premium-germany-s-pro-israel-left-has-a-new-target-in-the-crosshairs-jews-1.8438634?fbclid=IwAR1pDVz8kYmFHB7AhPbpf_9-pje2IOQZQYmfhpcVAz0w2II7hWwPZb1mMuE.

Orban in Ungarn und die AfD in Deutschland loben, weil diese bedingungslos hinter Israel stehen. Die Antideutschen sind sicher nur ein paar Tausend an Zahl, haben aber eine sehr effektive, digital gestützte Strategie, die umso wirksamer ist, als die wenigsten Menschen sie kennen und durchschauen. Der emeritierte frühere Leiter des Antisemitismus Forschungszentrums in Berlin, Wolfgang Benz, nennt sie eine „**linke Sekte... in blinder, obsessiver Parteinahme für Israel**“.¹⁵

Seit langem ist bekannt, dass im Hintergrund solcher Aktivitäten und Methoden der Politik, der Kirche und verschiedener Gruppierungen in der Gesellschaft eine **Propagandaabteilung der israelischen Regierung** steckt – bekannt unter dem Namen **Hasbara** (hebr. für Propaganda). Das klingt wie Verschwörungstheorie, ist aber keine, sondern Fakt, belegt u.a. durch Worte des Gründungsleiters von 2009-2014 *Yossi Kuperwasser* (Spitzname *Kuper*). Es gibt eine knappe Zusammenfassung der Erkenntnisse zu Hasbara in einem großen Artikel der britischen Zeitung *Guardian*, verfasst von *Nathan Thrall*.¹⁶ Die Abteilung Hasbara wurde gegründet 2009 im Ministerium für strategische Angelegenheiten als Reaktion auf den Erfolg von BDS. Mit Sorge wurde beobachtet, dass dadurch – und durch den sich durchsetzenden Begriff Apartheid – Israel delegitimiert wurde. So gründete und finanzierte man überall in der Welt, vor allem aber in den USA und Deutschland pro-israelische Gruppen, Institute und Organisationen, die BDS und ihre UnterstützerInnen als antisemitisch diffamieren. Im *Guardian* heißt es wörtlich:

„Das Ministerium für strategische Angelegenheiten hat einen *Großteil seiner Anti-BDS-Aktivitäten ins Ausland ausgelagert* und dabei geholfen, *Frontgruppen und Partnerorganisationen aufzubauen und zu finanzieren, um das Sichtbarwerden der israelischen Einmischung in die Innenpolitik seiner Verbündeten in Europa und den USA zu minimieren*. Kuper sagte, Anti-BDS-Gruppen würden jetzt ‚wie Pilze aus dem Boden sprießen‘. Er und eine Reihe anderer ehemaliger Geheimdienst- und Sicherheitsbeamter sind Mitglieder von einer von ihnen, Kella Shlomo (einem israelischen Geheimunternehmen zur ‚Bekämpfung der Delegitimierung‘, Ü.), die als eine ‚PR-Kommandoeinheit‘ beschrieben wird, die mit dem Ministerium für Strategische Angelegenheiten zusammenarbeiten und Dutzende Millionen Dollar erhalten wird.“

In Europa sind besonders wichtig die Organisationen *European Leadership Network (ELNET)*, die *European Jewish Association (EJA)* und *Europe Israel Public Affairs (EIPA)*.¹⁷ 2021 erbrachte eine Untersuchung, dass ein Drittel der Kabinettsmitglieder von Boris Johnson und er selbst Geld von Israel oder pro-israelischen Lobbygruppen erhalten hatten. Die israelische Regierung hält auch eine website auf der sie kritische

¹⁵ BENZ, Wolfgang (HG.): *Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen*. Berlin: Metropol, 2020, 12. . Meine negativen Erfahrungen mit Antideutschen sind nachzulesen in den Vorworten zur 2. und 3. Auflage des von mir mitherausgegebenen Buches: *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel*. Vgl. auch den Film „Zeit der Verleumder“:

Deutsche Fassung: <https://www.youtube.com/watch?v=DG3jCqiwQqg&t=93s>

¹⁶ Vgl. das engl. Original <https://www.theguardian.com/news/2018/aug/14/bds-boycott-divestment-sanctions-movement-transformed-israeli-palestinian-debate>; gekürzte deutsche Übersetzung: https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/wie_bds_bewegung_die_debatte_veraendert_hat.pdf. Vgl. auch den Film *The Lobby*: <https://electronicintifada.net/content/watch-film-israel-lobby-didnt-want-you-see/25876>.

¹⁷ Ihre Ziele kann man auf ihren Websites studieren: <https://elnetwork.eu/about/>; <https://ejassociation.eu/>; https://www.linkedin.com/company/europe-israel-public-affairs?original_referer=https%3A%2F%2Fwww.ecosia.org%2F. Zu der Herkunft ihrer Gelder geben sie keine Auskunft.

NGOs überwacht.¹⁸ Auch bezahlt die israelische Regierung (Ministerium für strategische Angelegenheiten) für die Anti-BDS-Propaganda, die der berühmte-berühmte Benjamin Weinthal in der *Jerusalem Post* betreibt.¹⁹ Israel bezahlt auch Presseorgane für anti-BDS-Propaganda.²⁰

Auch erreichte Hasbara durch eine Arbeitsgruppe, dass die Antisemitismusdefinition der schon genannten *International Holocaust Alliance (IHRA)* den Antisemitismusvorwurf von Judendiffamierung auf Israelkritik ausdehnte. Dazu heißt es im *Guardian*:²¹

„(Es) schlug eine Gruppe von Instituten und Experten [darunter VertreterInnen des israelischen Außenministeriums] vor, eine *neue Definition des Antisemitismus* zu schaffen, die Kritik an Israel mit Hass auf Juden gleichsetzen würde. Diese Experten und Institutionen, die mit dem American Jewish Committee und anderen israelischen Interessengruppen zusammenarbeiteten, formulierten eine neue ‚Arbeitsdefinition‘ des Antisemitismus, einschließlich einer Liste von 11 Beispielen [von denen sich 7 auf Kritik an Israel beziehen]... Diese Arbeitsdefinition wurde 2016 von der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* adaptiert und von einigen anderen Organisationen, darunter dem US-Außenministerium, das sie seit 2008 verwendet... Sie hat den Antisemitismus so definiert, dass er alle drei Kategorien von Kritik an Israel enthält, die als ‚drei D‘ bekannt sind: Delegitimierung Israels, Dämonisierung Israels und Doppelstandards für Israel.“

Es ist bisher nicht ersichtlich, dass die Politik die vielfache Kritik an der IHRA-Definition des Antisemitismus ernst nimmt (sie erlaubt, praktisch alle Kritik an Israel als Antisemitismus zu diffamieren). Auch haben noch keine Regierungen die manipulative IHRA-Definition durch die inzwischen wissenschaftlich neu formulierte *Jerusalemklärung zum Antisemitismus (JDA)* ersetzt.²²

Man kann nur staunen, wie **erfolgreich diese israelische Propagandastrategie** gegen BDS und den Apartheidbegriff war und ist. Z.B. hat der *Spiegel* nachgewiesen, welche Lobbygruppen die Abgeordneten vor der Anti-BDS-Resolution des Deutschen Bundestages bearbeitet haben.²³ Auch haben nicht nur die US-Regierung, sondern auch die EU und die Bundesregierung die IHRA-Definition trotz der Kritik daran weiterhin als Grundlage akzeptiert. Darauf baut in der Folge die ganze Bürokratie der Antisemitismusbeauftragten auf. Wenn man in kirchlichen Anti-BDS-Kreisen darauf hinweist, von welcher Propagandarealität auch sie gesteuert werden, stößt man auf völliges Unwissen. Inzwischen ist die Hasbara im israelischen Außenministerium angesiedelt. ***Es ist wichtig, dass dieser hoch finanzierte Propagandaapparat bekannt wird.***

¹⁸ <https://www.ngo-monitor.org/>.

¹⁹ Newsletter - Ende des Jahres 2019 und Chanukka v. 23.12.2019 von *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*.

²⁰ Vgl. <https://www.the7eye.org.il/357677>.

²¹ Vgl. den Artikel von Shir Hever zu IHRA in dem in Kürze erscheinenden *Band 2 von Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel*.

²² <https://jerusalemdeclaration.org/>.

²³ Vgl. <https://magazin.spiegel.de/SP/2019/29/164875318/>.

4. Theologische HelfershelferInnen zur Unterdrückung der palästinensischen Stimme in Deutschland

Der Propagandaapparat hat auch direkten Einfluss auf eine **Gruppe von u.a. TheologInnen**, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, gegen den sog. „*israelbezogenen Antisemitismus*“ *in Theologie und Kirche* zu kämpfen. Aus Zeitgründen lasse ich eine ausführliche Analyse von deren Büchern und Aufsätzen beiseite.²⁴ Überhaupt fragen sich vielleicht einige: Was hat diese Auseinandersetzung mit der Frage zu tun: **Wie kommen wir in Israel / Palästina zu gerechten Verhältnissen?** Die Antwort ist: Nur wenn wir diese Unterdrückungsmechanismen in Deutschland durchbrechen, können wir etwas für Gerechtigkeit in Palästina-Israel erreichen, worauf ich gleich ausführlich zu sprechen komme.

Also: diese TheologInnen haben sich in letzter Zeit auf den ÖRK eingeschossen und auf Kairos Palästina, die kritische Stimme der palästinensischen Kirchen, und deren UnterstützerInnen in Deutschland. Zuerst zu nennen sind die **Brüder Wolfgang und (der verstorbene) Ekkehard Stegemann**. Sie werfen nach der IHRA Definition dem ÖRK dreifachen Antisemitismus vor wegen Dämonisierung, Delegitimierung Israels und doppelten Standards.²⁵ Zu dieser Art von Kritikern gehört auch **Klaus Holz**. Sein Buch *Antisemitismus gegen Israel*²⁶ enthält hochabstrakte methodische und wissenschaftstheoretische Reflexionen, eine enorme Fülle an Quellenmaterial und Sekundärliteratur und sogar selbstkritische Erwägungen. Es wird auch immer wieder betont, dass Kritik am Staat Israel erlaubt sei, allerdings mit lächerlichen Beispielen von erlaubter Kritik. Und trotzdem läuft das Buch darauf hinaus, jede völkerrechtliche Kritik am Staat Israel als antisemitisch zu disqualifizieren. Er ist der Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland, was vielleicht erklärt, warum deutsche Ev. Akademien sich mehrfach geweigert haben, seriöse Tagungen zum Thema Palästina zu veranstalten. 2019 berieten und veröffentlichten sie eine Broschüre "Antisemitismus und Protestantismus – Impulse zur Selbstreflexion", an der Staffa als Mitglied der Fachgruppe des Projekts und Holz als eines von zwei Redaktionsmitglieder mitgewirkt haben.²⁷ Sie nimmt das Buch von Holz – Haury vorweg in der Form eines handlichen Maulkorbs für die Akademien. Der „Nahostkonflikt“ wird sofort in die Frage nach israelbezogenem Antisemitismus bei uns umgeschrieben. Die Frage nach Völkerrecht und Menschenrechten wird ausdrücklich abgewehrt.²⁸ Auch hier ist die Staatsnähe der Autoren deutlich. Die

²⁴ Sie wird erscheinen in dem im Juli 2023 im Verlag Stiftung Hirschler erscheinenden Buch: Ulrich Duchrow, Mark Braverman (Hg.), Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel Band 2, *Ökumenische Antwort auf Völkerrechtsverbrechen und Apartheid*.

²⁵ STEGEMANN, Ekkehard/Stegemann, Wolfgang: *Vom Anti-Judaismus zum Anti-Israelismus Der Wandel der Judenfeindschaft in theologisch-kirchlichen Diskursen*. Stuttgart: Kohlhammer, 2021.

²⁶ HOLZ, Klaus/HAURY, Thomas: *Antisemitismus gegen Israel*. Hamburg: Hamburger Edition, 2021. Leider bietet die Bundeszentrale für Politische Bildung diesen Titel nun auch verbilligt an: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/520620/antisemitismus-gegen-israel/>.

²⁷ https://www.evangelische-akademien.de/wp-content/uploads/2019/05/EAD_Broschu%CC%88re_antisemitismus_online.pdf. (Diesen Hinweis verdanke ich Wilhelm Wille).

²⁸ „Anhand Israels reden wir über ‚uns‘ und ‚unsere‘ Lehre aus Auschwitz. Das erste Problem des Nahostdiskurses ist deshalb weder die Frage israelischer Menschen- und Völkerrechtsverletzungen noch die Frage des arabischen resp. islamistischen Antisemitismus sondern ‚unser deutscher‘ Blick auf den jüdischen Staat. Und dieser wird bestimmt

Bundeszentrale für politische Bildung verbreitet das pseudowissenschaftliche Buch von Holz und Haury im Sonderangebot für 4.50 €.

Besonders bemerkenswert ist auch, dass der gegenwärtige Inhaber der Martin-Buber-Professur in Frankfurt, **Christian Wiese**, in einer „Expertengruppe“ für das Innenministerium arbeitet, um Antisemitismus in Kirche und Theologie anzuzeigen.²⁹ So läuft das Kairos Palästina Solidaritätsnetz in Deutschland, Veranstalter dieses Thementages, beim Innenministerium und damit auch bei den Geheimdiensten unter dem Stichwort „Antisemiten“. Wiese hat seine Schülerin, Dr. **Maria Coors**, beauftragt, eine lange Studie anzufertigen, um „empirisch“ zu erweisen, dass Kairos Palästina und das KP-Solidaritätsnetz antisemitisch sind.³⁰

Sie hat auch gerade im Publik-Forum sehr begrüßt, dass der **Kirchentag** die NAKBA-Ausstellung verboten hat.³¹ Das ist kein Wunder, denn sie gehört sogar zum fünfköpfigen Vorstand der *AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag*. Dieser hat eine ruhmreiche Geschichte, ist aber seit einiger Zeit mitverantwortlich dafür, dass der DEKT eine seriöse Beschäftigung mit dem Thema Palästina-Israel nicht zulässt und wir z.B. mit dieser Veranstaltung uns hier außerhalb zu diesem Zweck treffen müssen. Übrigens ist Vorsitzender der *AG Juden und Christen* von christlicher Seite Christian **Staffa**, der schon genannte Antisemitismusbeauftragte der EKD, **Wiese** ist ein weiteres Mitglied aus diesem Kreis (*Stegemann* gehörte früher dazu). Macht man sich klar, dass damit neben der EKD die beiden großen Bildungseinrichtungen der evangelischen Kirchen in Deutschland, die Evangelischen Akademien (Generalsekretär Klaus Holz) und der DEKT (Staffa, Wiese, Coors) fest in der Hand von ideologischen VerteidigerInnen der Verbrechen des Staates Israels und VerleumderInnen der palästinensischen Kirchen und Gesellschaft sind, so wird verständlich, warum es sehr schwer ist, in den deutschen Kirchen für Wahrheit und Gerechtigkeit in Palästina-Israel einzutreten.

Die **Methode dieser IdeologInnen** ist einfach: Sie stellen aus der Tradition eine Liste von Kennzeichen, z.B. Stereotypen des Antisemitismus zusammen, dann nehmen sie die IHRA-Definition, reißen Worte oder Sätze der untersuchten Texte aus dem Zusammenhang und drücken ihnen nach deren Kriterien den Namen Antisemitismus auf, um jegliche Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen des Staates Israel als antisemitisch zurückzuweisen.

Wenn man sich fragt, was denn diese TheologInnen bewegen könnte, wie geschildert zu denken und zu handeln, dann ist es ja nach ihren eigenen Aussagen die Sorge, dass

von der Frage, wie wir uns nach der millionenfachen Ermordung der Jüdinnen und Juden als heutige Deutsche definieren“ (ebd. 27).

²⁹ WIESE, Christian: Antisemitismus in der Evangelischen Theologie und Kirche. Expertise für den 2. Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus. In: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/antisemitismus/antisemitismus-expertisen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Hrsg.): Berlin : Bundesministerium des Inneren, o.J. (2017), S. 1-20.

³⁰ COORS, Maria: „Sünde gegen Gott und die Menschheit“ Judenfeindliche Semantiken im evangelischen Diskurs über Israel. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 31 (2022) S. 222-250. Zur Kritik dieser Art von Literatur vgl. GREENSTEIN, Tony: *Zionism During the Holocaust: The weaponisation of memory in the service of state and nation*. New York: Barnes & Noble, 2022.

³¹ Nr. 8/8.4.2023, 9.

JüdInnen Opfer von Antisemitismus werden könnten. Dass Kairos Palästina und die mit ihm solidarischen Gruppen und Personen das gleiche Ziel teilen, weist darauf hin, dass das Problem wo anders liegt. Die genannten Personen identifizieren – entgegen ihren Behauptungen, Kritik am Staat Israel sei auch erlaubt – den Staat Israel mit *den* Juden oder gar mit dem biblischen Volk Israel. Dadurch nutzen sie faktisch alle JüdInnen, um substantielle, völkerrechtliche und menschenrechtliche Kritik am Staat Israel als illegitim abzuweisen. Dagegen wehren sich massiv viele JüdInnen, nicht nur in Deutschland z.B. die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*. Sie fürchten, dass durch diese Verteidigung von Unrecht im Namen von Juden Antisemitismus eher befördert wird. Außerdem fürchten sie für die Zukunft der israelitischen Bevölkerung, wenn der Staat weiter nur auf unterdrückerische Gewalt setzt. Gäbe es unter diesen Aspekten unausgeschöpfte Möglichkeiten des argumentativen Gesprächs?

Die andere Frage ist, warum die Leitungen der Kirchen sich nicht an der Realität in Israel-Palästina und im weltweiten ökumenischen und völkerrechtlichen Kontext selbst informieren und sich ein eigenes Urteil bilden – unabhängig von IdeologInnen im Dienst staatlicher Interessen. Besonders bedrückend im Ergebnis ist die Frage, wie die beiden wesentlichen Einrichtungen der deutschen Kirchen, die aus dem Kampf der Bekennenden Kirche gegen den Nationalsozialismus hervorgegangen sind, die Akademien und der Kirchentag, ihren prophetischen Charakter für Recht und Gerechtigkeit verlieren und zur Produktionsstätte von Staatstheologie im Sinn des südafrikanischen Kairosdokuments werden konnten.

Einer der wichtigsten deutschen Beiträge zu gerechten Verhältnissen in Palästina-Israel ist es deshalb, all ***diese staatlichen und kirchlichen Mechanismen der Unterdrückung der palästinensischen und ökumenischen Stimmen zu durchschauen***, sich selber davon freizumachen und sie öffentlich anzuprangern.

3. Was können wir also tun?

Zunächst zur Situation im Heiligen Land: Vor einer Implosion und Explosion

Vor kurzem hat die deutsch-israelische Historikerin **Tamar Amar-Dahl** ein Buch veröffentlicht unter dem Titel *Der Siegeszug des Neozionismus. Israel im neuen Millennium*. Ihre These in Kurzfassung: Der **linke Arbeiterzionismus** vom ersten Ministerpräsidenten Ben Gurion bis zu den letzten, Jitzchak Rabin / Simon Peres / Ehud Barak, hatte als Ziel, soviel wie möglich von Palästina zu erobern, aber getrennt von einem palästinensischen Staat in Frieden mit diesem zu leben. Wir wissen, dass dieses Projekt, zuletzt im Zeichen des sog. Oslo-Prozesses, scheiterte, weil Rabin von einem religiös-zionistischen Jurastudenten ermordet wurde. Aber Amar-Dahl sieht das nicht nur als Tragödie, sondern als Schuld der linkszionistischen Politiker, weil diese, als sie die Macht hatten, nicht konsequent genug die Zweistaatenlösung durchgesetzt haben. So wurde die Linke seit der 2. Intifada, der gewaltsamen Erhebung des palästinensischen Volkes ab dem Jahr 2000, immer machtloser, bis es

Netanyahu gelang, die Palästinafrage als politisch zu lösende gänzlich zu unterdrücken. Sie bezeichnet das als **Implosion des ursprünglichen zionistischen Projekts**. Netanyahu bringt den **Neozionismus** zur Herrschaft. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass er kein politisches Friedensprojekt mehr hat, sondern nur noch auf militärische Gewalt zur Durchsetzung der **Besatzung** setzt. Sie nennt das **Zivilmilitarismus**, d.h. die ganze Gesellschaft ruht auf militärischer Gewalt. So bestimmen nach ihr drei faktische Realitäten die gegenwärtige Situation: **Besatzung, Zivilmilitarismus und Neozionismus**. Letzterer wird in der neuen Regierung nun noch gefüllt mit **rechtsradikalem religiösen und nationalistischem Zionismus**. Das Ergebnis ist ein rein auf Gewalt aufgebauter Apartheidstaat. Niemand kann die Zukunft voraussagen, aber das wahrscheinlichste ist eine große **Explosion**. Das heißt, von innen werden keine gerechten Verhältnisse kommen. Da aber dieses Gewaltssystem nur mit westlicher politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung überlebensfähig ist, ist die entscheidende Frage, wie sich in Zukunft insbesondere die USA und Deutschland verhalten werden. Welche Handlungsmöglichkeiten haben wir in dieser Situation, zu gerechteren Verhältnissen beizutragen.

Prüfen wir also die verschiedenen Möglichkeiten, zur Gerechtigkeit in Palästina-Israel beizutragen.

(1) Wir können die Unterdrückung der palästinensischen Stimme beenden

Alle die eben aufgezeigten Mechanismen zur Tabuisierung der Kritik am Staat Israel müssen wir durchschauen, öffentlich in Frage stellen und zur Gegenoffensive übergehen lernen.

Als **erstes** müssen wir die **Angst davor überwinden, Antisemiten genannt zu werden**. Das ist nicht einfach. Denn nach der deutschen Geschichte ist dies vielleicht das am schlimmsten diskriminierende Schimpfwort. So ist es besonders für jüngere Menschen fast unmöglich, hier mutig öffentlich aufzutreten, denn dies kann ihre Karriere erheblich beeinträchtigen. Umso mehr sollten RuheständlerInnen sich nicht einschüchtern lassen. Am wichtigsten dabei ist, dass wir, sobald der Vorwurf auftaucht, offensiv damit umgehen. Das heißt, wir müssen eine solche Beschimpfung nutzen, um einen Dialog einzufordern. Das hat wenig Sinn bei z.B. Antideutschen, also solchen, die aktiv im Dienst der israelischen Propaganda stehen, wohl aber bei normalen gesellschaftlichen Gruppierungen. Als mich z. B. Antideutsche bei den Kirchen des Antisemitismus anklagten, habe ich sofort Fachgespräche bei den betroffenen Landeskirchen gefordert und auch erhalten. Nur EKD und Brot für die Welt haben sich verweigert. Als auch der *Koordinierungsrat der christlich-jüdischen Gesellschaften* unser Buch angriff, haben wir ein Gespräch mit dessen Präsidenten geführt usw. Manchmal hat das durchaus auch Erfolg, wie z.B. in meiner eigenen Badischen Landeskirche.

Außerdem müssen wir **zweitens** in allen Fällen der **Unterdrückung der palästinensischen Stimmen öffentlich entgegenzutreten**. Ein jüngstes Beispiel: der ehemalige GS des ÖRK, **Konrad Raiser**, und der bekannte Journalist **Andreas**

Zumach haben ihre Beteiligung an diesem Kirchentag wegen des Verbots der Nakbaausstellung abgesagt. Im April hat die **Berliner Polizei wieder zwei pro-palästinensische Demonstrationen verboten**. Wie wurde das begründet? Offiziell heißt es von Seiten der Polizei, sie hätte Angst, dass es bei den Demos zu antisemitischen Aussagen kommen könnte. In einem offenen Brief verurteilten **100 jüdische und israelische Persönlichkeiten aus Berlin die Demoverbote** als »diskriminierend gegenüber der palästinensischen Minderheit«. **Wo war der Protest der Kirche???** Warum verteidigt sie nicht im Sinn ihrer palästinensischen Geschwister und vieler kritischer jüdischer Menschen hier und in Israel das Grundgesetz und damit die Versammlungsfreiheit für die hier lebenden PalästinenserInnen? **Gemeinden und Gruppen** sollten hier ihre Kirchenleitungen auffordern, ihrer Berufung zur Wahrheit gerecht zu werden. Wo möglich, sollte man sich daran **beteiligen, gerichtlich gegen solche Grundgesetzverletzungen vorzugehen**. Die Unterdrückung der palästinensischen Stimme ist die Fortsetzung der israelischen Gewalt gegen das palästinensische Volk hier in Deutschland und in der Schweiz, wie die Schweizer Palästinenserin **Sarah El-Bulbeisi** in einem sehr bewegenden Buch nachgewiesen hat. Titel: *Tabu, Trauma und Identität. Subjektkonstruktionen von PalästinenserInnen in Deutschland und der Schweiz, 1960-2015*.³² **Wer die direkte Gewalt Israels gegen das palästinensische Volk verurteilt, muss auch die kulturelle Gewalt deutscher politischer und kirchlicher Institutionen gegen PalästinenserInnen verurteilen und dagegen kämpfen.**

(2) Wir können Boykott, Disinvestment, Sanktionen (BDS) entkriminalisieren

Das gesamte **deutsche Parlament außer der Partei Die Linke** verurteilte BDS als antisemitisch. Am 17.5.2019 fasste es – gegen beschwörende Stimmen von israelischen und jüdischen Wissenschaftlern und Juristen³³ – den Beschluss, dass keine öffentlichen Räume und Gelder an Veranstalter und Organisationen gegeben werden dürfen, die in welcher Form auch immer mit BDS in Verbindung gebracht werden können. **Die einzigen öffentlichen Institutionen, die sich in Deutschland in dieser Sache noch an geltendes Recht halten, sind die Gerichte.** Zuletzt stellte das letztinstanzliche Bundesverwaltungsgericht auf der Grundlage von Art. 5 GG zur Meinungsfreiheit fest, dass BDS nicht antisemitisch ist, und verurteilte die Stadt München zur Freigabe von Räumen für eine BDS-Veranstaltung.³⁴ Also beruht der Beschluss des Bundestages zur Unterbindung gewaltfreien Widerstands gegen die Gewalt des israelischen Staates nicht nur auf Lügen und Unterstellungen, sondern ist verfassungswidrig. Aus diesem Grund läuft auch ein Prozess gegen diesen Bundestagsbeschluss.³⁵

³² transcript, 2020.

³³ <https://de.scribd.com/document/412474418/Aufruf-von-240-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftlern-an-die-Bundesregierung-zu-BDS-und-Antisemitismus>.

³⁴ <https://www.bverwg.de/de/pm/2022/6>.

³⁵ Vgl. <https://www.bt3p.org/de/home>.

Zur Erinnerung: die Mehrheit der PalästinenserInnen hat sich seit 2005 dazu entschieden, den Kampf für Selbstbestimmung gemäß dem Völkerrecht gewaltfrei zu führen. Der originale Aufruf zu BDS lautet:

„Rufen wir, RepräsentantInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, weitgreifend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid. Wir appellieren an Sie, Druck auf Ihren jeweiligen Staat auszuüben, um Embargos und Sanktionen gegen Israel zu erreichen. Wir laden ebenfalls gewissenhafte Israelis dazu ein, diesen Aufruf zu unterstützen, um der Gerechtigkeit und einem echten Frieden willen.“

Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen müssen solange aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

- 1) Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- 2) Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und
- 3) Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“³⁶

Dieser Aufruf fordert also nichts anderes, als gewaltfrei auf Regierungen einzuwirken, internationales Recht durchzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es klar, das „Besetzung und Kolonisation **allen arabischen Landes**“ sich auf die völkerrechtswidrig besetzten Gebiete bezieht. All die genannten Forderungen entsprechen UNO-Resolutionen. Deshalb haben ihn auch viele Israelis und jüdische Menschen weltweit unterstützt, in Deutschland z.B. die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*.

Deshalb sollten sich so viele wie möglich von uns aktiv an BDS-Gruppen beteiligen und auf jeden Fall Angriffe gegen BDS abwehren, notfalls mit Hilfe der Gerichte.

(3) Wir können den Beschluss der Vollversammlung des ÖRK letztes Jahr in Karlsruhe zu „Frieden für alle in Nahost“ dazu nutzen, intensive Studien- und Entscheidungs-Prozesse in den Kirchen auf allen Ebenen zu organisieren.

In dem Beschluss der VV heißt es u.a.:

„Wir bekräftigen den rechtmäßigen Platz des Staates Israel in der internationalen Staatengemeinschaft und erkennen seine legitimen Bedürfnisse nach Sicherheit an. Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Selbstbestimmung, und dass sowohl die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel seit 1967 als auch der Bau der Siedlungen und deren Ausweitung auf die besetzten Gebiete völkerrechtswidrig sind und beendet werden müssen. Wir glauben, dass die Sicherheit sowohl für die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch für die Israelis nur durch ein Ende der Besatzung und durch eine gerechte, umfassende und langfristige Friedensvereinbarung gewährleistet werden kann.“

Der Beschluss sagt auch ausdrücklich, dass „die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin eine ungeheuerliche Doppelmoral widerspiegeln....“

³⁶ <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>.

Weiter heißt es wörtlich:

„Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf eine „**Apartheid**“ unter dem Völkerrecht hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen einige Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er erkläre die Realität der Menschen in Palästina/Israel sowie die Position unter dem Völkerrecht zutreffend, während andere den Begriff unangemessen, nicht dienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung. Wir müssen uns nach wie vor **mit diesem Problem befassen**, während wir auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten...“

In den Handlungsempfehlungen steht dann noch einmal ausdrücklich:

„Der ÖRK möge die Auswirkungen der kürzlich veröffentlichten Berichte von B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International **untersuchen, diskutieren und erörtern** und die Leitungsgremien mögen **angemessen darauf reagieren**.“

Der nun notwendige Prozess in den Kirchen und dem ÖRK kann ein **Prozess des Erkennens, Lernens und Bekennens werden, ein processus confessionis**, wie es in der ökumenischen Sprache heißt. Dazu hatte schon der **Schrei nach Hoffnung** von Kairos Palästina aufgerufen.³⁷ Er knüpfte damit an **Dietrich Bonhoeffer** an, der gesagt hatte: Wenn ein Staat einen Teil seiner Bevölkerung entrechtet – wie damals die Juden – so ist das für die Kirche ein Bekenntnisfall, ein status confessionis. Und wenn dazu auch noch die Bibel missbraucht wird, um dieses Unrecht zu rechtfertigen, wie es im Fall der Palästinenser der Zionismus und besonders der christliche Zionismus tut, dann ist es doppelt ein Bekenntnisfall.

Genau dies passierte im Fall der **Apartheid in Südafrika**. Damals erklärte der LWB 1977 Apartheid zum stat. conf. und der Reformierte Weltbund 1982 Apartheid zur Häresie. Von daher ist es sehr gut, dass die ÖRK-Vollversammlung die Mitgliedskirchen und sich selbst aufgerufen hat, die Frage der Apartheid in Israel zu studieren und zu einer Entscheidung zu kommen. Sie sollen die Berichte der Menschenrechtsorganisationen studieren und zu einer Entscheidung kommen, ob der Staat Israel ein Apartheidsystem ist. Das **beinhaltet aber nach dem Schrei nach Hoffnung, dass die Kirchen dann auch entsprechend handeln**. Und das heißt, selbst den von den PalästinenserInnen geforderten **gewaltfreien Widerstandsmethoden** beizutreten und ihre **prophetische Rolle gegenüber den mitverantwortlichen Regierungen** wahrnehmen und fordern, dass diese jegliche Kooperation mit dem Staat Israel an dessen Erfüllung des Völkerrechts und der Menschenrechte binden müssen. Das aber bedeutet, dass Israel die Besatzung beenden und allen Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer gleiche Rechte einräumen muss, was in verschiedenen Formen geschehen kann.

Es ist ermutigend zu sehen, dass **mehrere Kirchen schon in diesem Sinn geantwortet** haben. Z.B. hat die **United Church of Christ/USA** nach dem Vorbild der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 gegen die nationalsozialistischen Deutschen Christen ein sechsteiliges **Bekenntnis** abgelegt und als eines der praktischen Folgerungen die US-Regierung aufgefordert, alle **Militärhilfe für Israel**

³⁷ <https://cryforhope.org/media/attachments/2020/06/26/0-aufruf-schrei-nach-hoffnung---german.pdf>.

zu stoppen, bis Israel das Völkerrecht erfüllt, d.h. dem palästinensischen Volk gleiche Rechte gewährt.

Das ist nachzulesen im **1. Heft einer neuen Schriftenreihe**, die das Kairos-Palästina Solidaritätsnetz in Deutschland mit vier Heften unter dem **Titel „Ökumenischer Prozess: Israel – ein Apartheidstaat?“** begonnen hat.³⁸ Mit dieser Schriftenreihe werden die Gemeinden aufgerufen, vierteilige Seminare durchzuführen, um auf den Schrei nach Hoffnung und den Aufruf der Vollversammlung des ÖRK zu antworten. Dies sind die vier Teile des Seminars und der Schriftenreihe.³⁹

- Seminar 1/Heft 1: **Der palästinensische „Schrei nach Hoffnung“ und die Antwort der Kirchen** (Hier stehen die reale Situation in Palästina-Israel und deren theologische Bedeutung sowie die Antworten anderer Kirchen auf den „Schrei nach Hoffnung“ zur Diskussion, die für die deutschen Kirchen ein Vorbild sein können).

- Seminar 2/Heft 2: **Das System der Apartheid in Israel –** Ein dringender Aufruf an die Kirchen in aller Welt, Gerechtigkeit zu üben. (Hier geht es um die völkerrechtliche Darstellung der Menschenrechtsorganisationen, die theologische Deutung und kirchliche Handlungen zur Apartheid in Israel)

- Seminar 3/Heft 4: **Zionismus und die Kirchen** (Welche Form des Zionismus bietet die ideologische Basis der Apartheid und was bedeutet das theologisch-kirchlich?)

- Seminar 4/Heft 3: **Wie können Kirchen in USA und Europa helfen, Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina/Israel durchzusetzen?** – Texte im Zusammenhang der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Karlsruhe. (Hier werden die Folgerungen für das kirchliche Handeln gezogen).

Alle **4 Hefte sind für den Selbstkostenpreis von 10 € am Büchertisch der Stiftung Hirschler** erhältlich. Dort liegt auch **eine Liste** auf. Darin können Sie sich eintragen, wenn Sie für Ihre Gemeinde oder Ihren Kirchenbezirk Interesse an einem vierteiligen Seminar haben. Wir vermitteln auch ReferentInnen, darunter auch solche aus Palästina und Israel.

Es wäre toll, wenn Leute aus Gemeinden nach solchen Seminaren sich mit Leuten aus anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zusammentun würden, um wie einst gegenüber Südafrika Antiapartheidkomitees zu bilden. Vor vier Tagen wurde in USA gerade eine Kampagne gegründet, die solche Gründung von Antiapartheidgruppen fördern und begleiten soll. Warum tun wir das nicht auch in Deutschland? Vielleicht wollen Menschen unter uns die Initiative ergreifen?

Noch ein Letztes:

(4) Wir können helfen, die Kooperation mit dem Staat Israel an das Völkerrecht binden

Aus den Heften möchte ich das Heft 3 noch hervorheben. Denn gerechtere Verhältnisse wird es in Palästina-Israel nur geben, wenn der Westen aufhört, Israel bedingungslos zu unterstützen.

Dies fordert bereits die **UCC** von ihrer Regierung. Sie sagt: stopp die jährliche Unterstützung von 3.8 Mrd \$ für das Besatzungsmilitär, bis Israel das Völkerrecht und die Menschenrechte einhält. Auch **10 Kongressabgeordnete** haben eben diese Forderung schon offiziell an die Regierung gestellt. Wie können wir **unsere Kirchen** dazu kriegen, analoge Forderungen an die Bundesregierung zu stellen:

- Stopp die militärische Zusammenarbeit,

³⁸ Vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2023/03/KPS-Flyer-4-Hefte-Schriftenreihe.pdf>.

³⁹ Vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2023/01/KPS-Einladung-vierteiliges-Seminar-2-S..pdf>.

- Stopp die finanzielle Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), was Israel die Besatzungskosten abnimmt,
- Stopp die politische Unterstützung Israel in der UNO usw.,
- bis Israel Völkerrecht und Menschenrechte einhält.

Und dies alles nicht nur um der PalästinenserInnen willen, sondern **auch um der Israelis willen**. Denn Israel handelt zunehmend selbstzerstörerisch. Nur gemeinsam haben beide Völker eine Zukunft. Das wird heute besonders von klugen Juden und Jüdinnen gefordert. Eine davon ist **Charlotte Wiedemann** mit Ihrem Buch *Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis*.⁴⁰ Dieses Jahr bietet für uns eine besondere Chance in diesem Sinn aktiv zu werden. Wir gedenken gleichzeitig in diesem Jahr der Staatsgründung Israels und der Nakba und können so die einseitige Erinnerungskultur in Deutschland ändern. Außerdem lässt eine rechtsradikale Regierung in Israel vielleicht einige in den Regierungen aufwachen und sagen „Genug ist genug“.

Bonhoeffer sagte in seiner Zeit: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen“. Das wäre im heute so zu übersetzen: „*Nur wer für die PalästinenserInnen schreit, darf auch jüdische Psalmen singen*“.

⁴⁰ Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2022.